

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 60 (1966)
Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : Friedensheuchelei ; Die unaufhaltsame Revolution ; Achse Bonn-Washington? ; Und Frankreich? ; Rhodesien-Südafrika
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141102>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

phische Einzelheiten in ihren Zusammenhängen zu erfassen, stellt sich außerdem die Aufgabe, uns die wichtigsten Werke seines Vaters, die ja alle vergriffen sind, nahe zu bringen, und zwar vor allem durch Zitate. Wir möchten nur auf eines unter den vielen hinweisen, das Buch über Jeremia, «Mein Volk», das heute nach bald vier Jahrzehnten immer noch aktuell ist. «*Wollen wir heute sagen: Uns trifft das Strafgericht des Propheten nicht...? ...* Heute nach 2000 Jahren haben wir zwei große Weltkirchen, aber wir haben auch das Elend der Ehe- und Frauenfrage, den Dämon der Geschlechtserotik, die Judenfrage, an welcher die christlichen Völker zu Grunde zu gehen drohen — eine Nemesis der Judenbehandlung in der Vergangenheit! — den Nationalitätenhaß, den Kampf zwischen Herren und Arbeitern. Solange es die Kirchen nicht vermögen, die weltüberwindende Liebe Jesu Christi auch in den Kräften der Weltüberwindung fruchtbar zu machen, solange ist ihr Christentum eine Lüge, bei aller Wahrhaftigkeit und gutem Willen im einzelnen, und Jeremia hat auch ihr gegenüber recht.»

Diese kurzen Hinweise genügen wohl, um das Interesse an Kutters Lebenswerk zu entfachen, in das uns das vorliegende Buch liebevoll einführt. B. W.

Hermann Kutter: «Aus der Werkstatt», Gesammelte Andachtsblätter. Mit einem Geleitwort von Helmut Gollwitzer. Gotthelf-Verlag, Zürich, 1963.

Hermann Kutter hat das Erscheinen dieses seines letzten Buches nicht mehr erlebt. Seine Frau hat die nach dem biblischen Text geordnete Sammlung von Andachtsblättern herausgegeben und betitelt. Hermann Kutter jun. schreibt dazu: «Nicht im Sinn eines Rückblicks in den ‚Nachlaß‘ der *Kutterschen Werkstatt*, sondern als einfacher und unzweideutiger Hinweis darauf, daß *Gott* in Jesus Christus *seine Werkstatt* aufgeschlagen hat und uns alle da hineinziehen und hineinstellen will . . .» Diese 2. Auflage erschien im Jahr des hundertsten Geburtstages Hermann Kutters mit einem Geleitwort von Helmut Gollwitzer. Wir lesen darin: «Hermann Kutter war ein so außerordentlicher Mann, weil er sich von der Bibel, ja tatsächlich von jedem Vers der Bibel immer wieder überraschen ließ; darum hat er auch andere mit seinen Auslegungen, Aufrufen und Entscheidungen immer wieder überrascht. Ihm war die Bibel nicht eine Rechnung, die aufgeht, und nicht ein Lehrbuch, das man einmal auswendig lernt, um dann für immer Bescheid zu wissen; ihm war sie vielmehr von Widersprüchen voll, von sinnvollen Widersprüchen aber, weil sie jetzt diesem, jetzt jenem Zug unseres Wesens, auch unseres frommen Wesens widersprechen muß.» — Leonhard Ragaz nannte das Buch ein «Handbuch für Kämpfer und Arbeiter». Es ist heute das einzige im Buchhandel erhältliche Werk Kutters. B. W.

WELTRUNDSCHAU

Friedensheuchelei Das neue Jahr fängt schlecht an. Die Vereinigten Staaten sind entschlossen, ihren *Krieg gegen Vietnam* neuerdings machtvoll zu steigern und auszuweiten, um endlich ihren kleinen Gegner doch zur Kapitulation zu zwingen. Die Washingtoner Regierung hat zwar vorher noch eine «Friedensoffensive» unternommen, indem sie ihre geschicktesten Diplomaten in die halbe Welt hinaus sandte, um den von ihr begrüßten Staatsmännern den «amerikanischen Standpunkt in der Vietnamfrage» zu erläutern. Aber das ganze großaufgezogene Manöver hatte ja nur den

Zweck, die neuen Kriegsanstrengungen der USA-Machthaber vor der Weltmeinung und vor dem eigenen Volk zu rechtfertigen und die vietnamesischen Kommunisten ein weiteres Mal als Kriegsverlängerer, ja Kriegsschuldige zu brandmarken.

Präsident Johnson und seine Regierung hätten es sich darum von vornherein ruhig schenken können, ihre «heiße Friedensliebe» zu beteuern. Das ist reine Heuchelei. Den Krieg hassen und den Frieden lieben — das kann jeder, mit Ausnahme der Interessenten des Kriegs- und Militärbetriebs. Aber all die Regierungen von heute und die hinter ihnen stehenden Kräfte lieben ja doch nicht «den» Frieden, sondern nur *ihren* Frieden, den Frieden, der *ihnen* paßt. Wenn sie den wirklichen Frieden liebten, so müßten sie einen Zustand suchen, bei dem auch die Bedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten der andern zu ihrem Recht kämen — und dieses Opfer zu bringen, dazu sind nur die wenigsten Politiker bereit. Sicher nicht diejenigen der Vereinigten Staaten. Die führen den Krieg in Vietnam mit der erklärten Absicht, durch immer vollkommenere Entfaltung der amerikanischen Übermacht den Vietcong und die Regierung von Hanoi zum Verzicht auf jeden weiteren Widerstand zu zwingen, damit Südvietnam ein für allemal kommunistenrein würde und dem Machtbereich der «freien Welt» — das heißt vor allem Nordamerikas — eingegliedert bliebe.

Die südvietnamesische Befreiungsfront wie die nordvietnamesische Regierung haben bisher jede Verhandlung, die unter dem massiven Druck der gewaltigen amerikanischen Kriegsmaschine stünde, entschieden abgelehnt. Auch die zeitweilige Einstellung der Luftangriffe auf Nordvietnam hat sie von diesem Standpunkt nicht abgebracht; was sie fordern, ist ja nicht eine kurze Pause in den Kriegshandlungen, sondern der grundsätzliche Verzicht auf den Versuch, von Nordvietnam durch die planmäßige Zerstörung seiner Lebensmöglichkeiten die Preisgabe Südvietnams an die Vereinigten Staaten zu erpressen. Daß sich aber Hanoi weigert, die ehrlose Handlung zu begehen, die ihm die Amerikaner zumuten, ist mehr als verständlich. Dennoch glaube ich, daß die 14 Punkte, die in Washington *nichtamtlich* als Grundlage für Verhandlungen genannt werden, mehr sind als ein bloßer Köder, um die nordvietnamesische Regierung in eine Falle zu locken; es könnten und sollten auf jeden Fall von Hanoi Fühler ausgestreckt werden, um die Möglichkeit zu erkunden, durch Verhandlungen einen Krieg zu beendigen, der von Nord- wie von Südvietnams Volk immer weitere und furchtbarere Opfer an Gut und Blut zu fordern droht, ohne doch Aussicht zu bieten, die Armee der Vereinigten Staaten gewaltsam aus Südostasien zu vertreiben. Die Hoffnung, daß es zu solchen Schritten kommen werde, ist freilich gering, obwohl wahrscheinlich die Abordnung der Sowjetregierung, die nach Hanoi geflogen ist, Ho Chi-Minh und seine Regierung dazu ermuntert haben wird. Das gibt aber den Vereinigten Staaten noch lange kein Recht, ihren Krieg verschärft fortzusetzen, ihre barbarischen Vernichtungswaffen weiterhin einzusetzen,

nun auch Städte, Industrieanlagen und Reisfelder in Nordvietnam zu zerstören und womöglich auch noch Laos und Kambodscha in ihre Angriffshandlungen einzubeziehen. Denn *sie* sind es ja, die mit ihrer mächtigen Unterstützung an das korrupt-volksfeindliche Regiment in Südvietnam die heutige Lage herbeigeführt haben, und an *ihnen* liegt es in allererster Linie, diesen verhängnisvollen Fehler wenigstens einigermaßen gutzumachen, das heißt sowohl dem Vietcong als der Regierung von Nordvietnam die Möglichkeit zu verschaffen, unter ehrenhaften Bedingungen in Gespräche über eine Beendigung des Krieges einzutreten.

Sie müßten das um so mehr tun, als ihre Überzeugung, daß sie den Krieg doch noch gewinnen und so ihr politisches Ziel erreichen werden, eine Selbsttäuschung ist. Die Amerikaner können gewiß Nordvietnam grausame Wunden schlagen. Aber werden sie damit das unglückliche Land überhaupt wehrlos machen? Der weltbekannte englische Journalist James Cameron, dessen Berichte aus Vietnam so viel Aufsehen erregen, stellt im «Evening Standard» fest, daß die bisherigen Operationen der USA-Streitkräfte nur den Widerstandswillen der Kämpfenden in Nord- wie in Südvietnam gestärkt haben. Die wirklich Leidenden seien in beiden Landesteilen die Bevölkerungen, namentlich die Alten, die ganz Jungen und die Kranken. Und ob die Anwendung neuer Höllenwaffen, überhaupt der Einsatz «überlegener» technischer Mittel, den Vereinigten Staaten wirklich den Siegfrieden bringen kann, an den sie glauben, das ist doch mehr als zweifelhaft. Der Westschweizer Fernand Gigon, der schon achtzehnmal in Indochina gewesen ist, bestreitet es jedenfalls in seinem neuen Buch «Die Amerikaner gegen den Vietcong» ganz entschieden. Der Kampf in Vietnam, so schreibt er, sei «eine Auseinandersetzung zwischen zwei Zivilisationen, derjenigen des IBM (International Business Machines, Büromaschinen und Technik ganz allgemein) und der des Marxismus, zwischen zwei Kriegführungsarten, derjenigen der unbarmherzigen Zerstörung mit Napalm und derjenigen, die zuerst den Geist bewaffnet und erst dann die Hand».* Mit all ihren neuen Erfindungen und ihrer ganzen zahlenmäßigen Überlegenheit, so glaubt Gigon, seien die Amerikaner nicht imstande, die Seele eines Volkes zu gewinnen oder gar zu zerstören, das bereit sei, 12 oder 15 Jahre zu kämpfen, um seine Freiheit von aller ausländischen Beherrschung zu erlangen. Und in einer Unterredung mit einem französischen Journalisten warnt er dringend vor einer neuen Steigerung des amerikanischen Kriegseinsatzes, die nur zu einem Weltkrieg zu führen drohe. «Die erste Bombe, die auf China fiel, würde das Eingreifen der Russen auslösen. Die chinesisch-russischen Schwierigkeiten sind sicher gewaltig, aber sie

* Mit ihrer Vergötzung der Technik strafen sich die Amerikaner ja schon längst selber. Man denke nur an die Automobiltoten: An den beiden Wochenenden über Weihnachten und Neujahr sind in den Vereinigten Staaten zusammen nicht weniger als 1240 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommen.

spielen sich innerhalb des Marxismus ab. Sie ändern im Grunde nichts. In ihrer Denkweise, die der westlichen Geistesart fernliegt, haben die Russen mehr als einen Punkt mit den Chinesen gemeinsam. Und erinnern Sie sich bei der Gelegenheit daran, was Gorki an Romain Rolland schrieb: ‚Vergessen Sie nicht, daß wir Asiaten sind!‘»

Die unaufhaltsame Revolution Auch die Aussicht auf einen atomaren Weltkrieg schreckt freilich die vielen Menschen- und Freiheitsfreunde nicht, die nur an massivste Gewalt als wirksames Mittel zur Vernichtung des Kommunismus glauben. So findet auch die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 20/1966), daß «den ostasiatischen Kommunisten militärische Schläge und Geheimdiplomatie mehr Eindruck machen würden als Bombardierpausen und die Herolde Präsident Johnsons». Ob wohl das edle Blatt auch die gewaltsame Ausrottung der Kommunisten in Indonesien begrüßt, von denen nach einer Meldung aus Singapore (29. Dezember 1965) etwa 140 000 im Zuge der jetzt dort wütenden Gegenrevolution umgebracht worden sein sollen? Auf alle Fälle sitzen in den Vereinigten Staaten die Anhänger einer Gewaltlösung für alle durch die großen Reform- und Revolutionsbewegungen in der heutigen Welt gestellten Fragen fest im Sattel. Vietnam ist nur eine dieser Fragen. «Es mag ja sein», so meint Andrew Kopkind im «New Statesman» (3. Dezember 1965), «daß die Verlustlisten den Grad von Beunruhigung erzeugen, der zu einer Änderung der Politik zwingt. Aber Amerika hat 200 Millionen Einwohner, und es kann lang dauern, bis es vielen Menschen nötig scheint, daß wir Vietnam aufgeben . . . Wenn nichts den Krieg in Vietnam oder das Eingreifen in Santo Domingo aufhalten kann, wird auch nichts verhindern, daß sich in Bolivien, in Peru oder auf den Philippinen Ähnliches abspielt. Für die Vereinigten Staaten gibt es einfach nichts Derartiges wie eine gerechte Revolution.»

Und doch haben die unterentwickelten — besser: die von einheimischen und fremden Herrenklassen ausgebeuteten und niedergehaltenen — Völker hundertmal das Recht und die Gerechtigkeit auf ihrer Seite, wenn sie eine *revolutionäre Umgestaltung ihrer ganzen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung fordern*. Wenn wir nur an die Notwendigkeit denken, die sich eher erweiternde Kluft zwischen Bevölkerungsvermehrung und Nahrungsmittelerzeugung im Weltmaßstab zu überbrücken, so liegt es auf der Hand, daß es dazu tiefer Eingriffe in die bestehenden sozialen und politischen Ordnungen bedarf. Die Newyorker «Monthly Review» (Dezember 1965) führt dafür ein aufschlußreiches Zeugnis an: die Feststellungen eines Sachverständigen und Beraters der Interamerikanischen Kommission für landwirtschaftliche Entwicklung (Washington), Ernest Feder. Was längst zum Gemeinplatz geworden ist, daß nämlich die unter Präsident Kennedy gegründete «Allianz für den Fortschritt» in Lateinamerika völlig unfruchtbar geblieben ist und die in einigen Staaten Mittel- und Süd-

amerikas erlassenen «Bodenreformgesetze» nur auf dem Papier stehen und ihres Namens überhaupt nicht wert sind, unterstreicht auch dieser nordamerikanische Fachmann, um dann zu zeigen, daß die Landwirtschafts- und Ernährungsfrage in Lateinamerika immer schwerer zu lösen sei, wenn nicht grundlegende neue Entschlüsse gefaßt würden.

Im Jahre 1950, so sagt er, gab es beispielweise in Brasilien etwa 7,4 Millionen arme, proletarisierte Landleute. Heute sind es doppelt soviel. Die brasilianische Regierung hat die Aufgabe, diese 15 Millionen Menschen zu ernähren, noch nicht einmal planmäßig in Angriff genommen. Ähnlich steht es in anderen lateinamerikanischen Ländern. Insbesondere wächst der Abstand zwischen dem Einkommen der Kleinbesitzer und Landarbeiter auf der einen und demjenigen der Großgrundbesitzer sozusagen von Jahr zu Jahr. Im lateinamerikanischen Durchschnitt verdienen die Großbesitzer 20- bis 40mal mehr als die Kleinbesitzer und Landarbeiter, in dem reichen Kakaopflanzenbezirk von Bahia (Brasilien) sogar hundertmal mehr. «Der größte Pflanzler, der befragt wurde, hat ein 150mal größeres Einkommen. Außerdem gab die Mehrheit der Arbeiter Barauslagen für den Lebensunterhalt an, die über die gesamten Bareinnahmen hinausgingen, was eine dauernde Verschuldung bedeutet.» Aus Guatemala und Kolumbien werden ähnliche, ja zum Teil noch viel krassere Einkommensunterschiede berichtet. Die Masse der Landarbeiter und Kleinbauern in den untersuchten Ländern, so schließt Feder, hat keinerlei Eigentum außer ein paar Kleidungsstücken und Kochgeräten. «Es muß angenommen werden, daß die Ungerechtigkeiten in der Verteilung von Einkommen und Vermögen immer schärfer werden, besonders in Ländern mit einem beträchtlichen Grad von Inflation.»

Die Vereinigten Staaten und ihre kapitalistische Oberschicht tun nichts, um diese Zustände durchgreifend zu ändern, aber sehr viel, um sie zu erhalten und auszunützen. So in Brasilien, wo im Jahre 1964 mit ihrer Hilfe eine Militärdiktatur eingesetzt wurde, die die völlige Eingliederung dieses größten und an Naturschätzen reichsten Landes von Lateinamerika in das imperialistische System der USA durchführen will, dabei aber bisher nur Mißerfolg gehabt und Brasilien immer tiefer in Nöte und Schwierigkeiten gestürzt hat. Und wie in Lateinamerika, so sind die Vereinigten Staaten auch in Asien und Afrika *die Vormacht der sozialen Unrechtsordnung und der militärischen Gegenrevolution*. Sie sind in einen weltweiten Kampf mit den aufstrebenden, revolutionären Entwicklungsländern verwickelt, dessen Ausgang nicht zweifelhaft sein kann, der sich aber noch sehr in die Länge ziehen mag. Hinter den unterentwickelten Ländern stehen die kommunistisch regierten Großmächte Sowjetunion und China, und wenn es auch Wahnwitz wäre, daß die Herrschenden in Nordamerika einen Krieg mit einer dieser «roten» Mächte wünschen könnten, so ist es eben alles andere als sicher, daß sie einen solchen Zusammenstoß auf die Dauer vermeiden können, wenn sie ihre Politik des militärischen

Antikommunismus, vor allem in Ostasien, fortsetzen. Die Sowjetunion und China bemühen sich ihrerseits, einen solchen Zusammenstoß zu verhindern; sie rechnen damit, daß sich die Vereinigten Staaten in ihren gegenrevolutionären Kolonialkriegen mehr und mehr erschöpfen und auch im Fall eines Sieges in einem Einzelland — wie in Vietnam — nicht imstande wären, eine genügende Truppenmacht in diesem Lande zu unterhalten, um es sich dauernd botmäßig zu machen. Und inzwischen, so muß man annehmen, wird die Not der «zurückgebliebenen» Völker — vor allem die Hungersnot — derart unerträglich werden, daß ein unterentwickeltes Land um das andere aus dem Machtbereich der «freien Welt» ausbricht. Der Lebensraum des westlichen Kapitalismus und Imperialismus wird sich so zusehends verengern und eine Lage heranreifen, die eine revolutionäre Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft zur unabweisbaren Notwendigkeit machen wird — nicht nur in Lateinamerika, Afrika und Asien, sondern auch in West- und Südeuropa und in Nordamerika selber.

Zukunftsträume? Nein, wahrscheinliche Entwicklungen, die wir schon in der Gegenwart klar ins Auge fassen müssen, um nicht immer tiefer auf einer Bahn abzugleiten, wie sie zu ihrem Unheil die Vereinigten Staaten betreten haben. Vietnam könnte sie zum Anhalten und zur Umkehr veranlassen . . .

Achse Bonn-Washington? Wenn etwas die amerikanische Regierung vor hemmungslosem Draufgängertum in ihrer Vietnampolitik zu bewahren vermöchte, so wäre es vielleicht die Rücksicht auf die Sowjetunion. Mit China steht es da natürlich anders; eine einflußreiche Druckgruppe in den Vereinigten Staaten, zu der namentlich hohe und höchste Militärführer gehören, würde keineswegs vor einer kriegerischen «Abrechnung» mit Peking zurückschrecken, dessen atomare Schlagkraft vorderhand noch nicht ernst zu nehmen sei. Und wenn auch die amtliche Politik Washingtons gegenüber der Chinesischen Volksrepublik erheblich vorsichtiger ist, als es die radikalen Chinafeinde wünschen, so braucht sie doch das Schreckgespenst des «gelben Kommunismus» dringend, um die Unterstützung des Parlaments und der Bevölkerung der USA für ihre südostasiatischen Machtziele nicht zu verlieren. Die Sowjetunion hingegen, so glaubt man auch in den Kreisen um Präsident Johnson, darf nicht unnötig herausgefordert werden. Seit der Kubakrise hat sich ja offensichtlich eine Art stillschweigender Zusammenarbeit zwischen Moskau und Washington entwickelt, die das äußerste Mißtrauen namentlich Pekings erregt hat. Es ist vielleicht nicht einmal übertrieben, wenn behauptet wird — und keineswegs nur von chinesischer Seite —, daß die amerikanische Regierung lange Zeit auf sowjetische Rückenstärkung für ihren Vietnamkrieg gerechnet habe. Wie dem aber auch sei — damit scheint es jetzt mindestens vorläufig fertig zu

sein. Trotz aller Gegnerschaft zu China und trotz aller mäßigen Einwirkung auf Nordvietnam, die Moskau versucht, hat sich das Verhältnis der Sowjetunion zu den Vereinigten Staaten in den letzten Monaten offenkundig verschlechtert, und es ist zunächst nicht abzusehen, wie es sich angesichts der bevorstehenden weiteren Verschärfung des Vietnamkrieges wieder bessern sollte. Zwischen den beiden führenden Atommächten stehen die Dinge heute kaum anders, als sie vor Kuba standen.

Das ist natürlich Wasser auf die Mühle Bonns. Man ist in Westdeutschland nie die Angst losgeworden, daß sich Amerika und Rußland auf westdeutsche Kosten insgeheim oder offen verständigen könnten und daß es dann mit der ganzen bundesrepublikanischen Ostpolitik aus wäre. Es ist namentlich der Kreis um Adenauer, der fort und fort die «russische Gefahr» an die Wand malt. Erst letzthin hat der Neunzigjährige wieder einen seiner regelmäßig wiederkehrenden Warnrufe ausgestoßen: «700 auf Westdeutschland gerichtete sowjetische Raketen — vergeßt ja nie, was das bedeutet!» Präsident Johnson hat darum mit ungewollter Ironie, aber vollkommen zu Recht, in seinem Geburtstagstelegramm an den Altkanzler diesen als «das Sinnbild des neuen Deutschland» gespriesen. Es ist wirklich so: dieses «neue» Deutschland — das sieht genau so aus wie Adenauer. Unbelehrbar, reuelos, setzt es — demokratisch-friedfertig getarnt — die alte deutsche Machtpolitik fort, mit dem Drang nach Osten und einem sturen Antikommunismus, diesmal aber mit Amerika im Rücken, als wesentlichem Kennzeichen. Auch Außenminister Schröder, den man sonst in einen gewissen Gegensatz zu Adenauer, Strauß und ihrem Anhang zu bringen pflegt, stößt hier ins gleiche Horn. An der letzten Tagung des Nordatlantikrats in Paris glaubte er aufs neue vor dem «aggressiven Charakter der Sowjetunion» warnen zu müssen, die nach wie vor darauf ausgehe, Ost- und Mitteleuropa zu beherrschen; offenbar war er überzeugt, mit diesem Hinweis das Bonner Begehren nach Mitsprache beim Einsatz von Atomwaffen gegen den Osten besonders wirksam stützen zu können.

Ob sich die Washingtoner (und die Londoner) Diplomatie deswegen eher geneigt zeigt, schließlich doch die Alleinverfügung über die Verwendung der westmächtlichen, größtenteils bereits in Westdeutschland lagernden Kernwaffen aus der Hand zu geben, steht dahin. Auf jeden Fall bekundet man in den Vereinigten Staaten eher mehr als früher Vorsicht gegenüber den bundesrepublikanischen Ostplänen. Und wenn man in Washington überhaupt noch Wert darauf legt, die Sowjetunion nicht vor den Kopf zu stoßen, dann wird man sich wohl hüten, über die hartnäckig wiederholten, ja neuerdings verschärften Proteste Moskaus gegen den westdeutschen «Revanchismus» hinweg leichthin zur Tagesordnung überzugehen. Mit einer «Achse Bonn-Washington» als Hauptstück der Westblockpolitik dürfte es

schon aus diesem Grund gute Weile haben, so beflissen sich jetzt auch Erhard und Brandt an Johnsons Vietnamwagen anhängen.

Daß die westdeutsche Außenpolitik — die von allen drei Bundestagsparteien vertreten wird — in bezug auf eine Zurückholung der 1945 verlorenen Ostgebiete irgendeine wesentliche Änderung erfahren werde, dafür gibt es freilich nach wie vor kaum schwache Anzeichen. Wir haben an dieser Stelle schon einmal die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Frage der Oder-Neiße-Grenze erwähnt, diese rein akademische, zu nichts verpflichtende Anregung zur Wiedererwägung der ganzen Angelegenheit, deren Urheber sich peinlich davor hüten, irgendwie die Anerkennung der neuen polnischen Westgrenze zu empfehlen. (Über die tschechoslowakischen Grenzen wird viel weniger geredet; das sogenannte Sudetenland gehörte ja auch niemals zu Deutschland, sondern immer zu Österreich-Ungarn, bevor die Tschechoslowakei wiederauferstand.) Offenbar als eine Art Antwort auf die evangelische Denkschrift haben die katholischen Bischöfe Polens von Rom aus, wo sie dem Konzil beiwohnten, ein sehr verständnisvolles, warmherziges Schreiben an ihre deutschen Amtsbrüder gerichtet, das aber unzweideutig die Beibehaltung der neuen Grenzen Polens als eine «Existenzfrage» für ihr Land erklärt. Die deutschen Bischöfe haben darauf etwas verlegen erwidert; sie anerkennen in ihrem Brief wohl die deutsche Schuld gegenüber den Ostvölkern und bitten um Vergebung, umgehen aber wie die evangelische Kirche eine klare, saubere Stellungnahme zur Frage der Grenzverschiebung im Osten, die überhaupt keine Frage mehr sein dürfte.

Wie unmöglich es für die Polen aller Bekenntnisse und Richtungen ist, den heutigen Bestand ihres Staatsgebietes wieder antasten zu lassen, könnten die Westdeutschen aus allen polnischen Veröffentlichungen über das Verhältnis Deutschland-Polen sehen. Sie brauchten nur etwa die Oktobernummer 1965 der katholischen Zeitschrift «Warszawa Tygodnik Katolicki» (deutsche Ausgabe) zur Hand zu nehmen, die unzweideutig feststellt, daß «die Rückkehr Polens an Oder-Neiße und Ostsee nicht nur ein Akt der historischen Gerechtigkeit ist . . ., sondern daß dies auch der Preis ist, den Deutschland für einen verbrecherischen Krieg bezahlen mußte». Das katholische Blatt ruft besonders nachdrücklich in Erinnerung, daß die Gesamtverluste Polens an Menschen im Zweiten Weltkrieg mehr als sechs Millionen betragen, das sind 22 Prozent seiner Gesamtbevölkerung. Allein drei Millionen polnischer Juden wurden von den Deutschen umgebracht; fast zweieinhalb Millionen Polen wurden als Sklavenarbeiter nach Deutschland verfrachtet; ganze Gebiete — so die Gegend von Zamosc — wurden von Polen gesäubert, damit Deutsche dort angesiedelt werden könnten; auch mehr als der vierte Teil der katholischen Geistlichen wurde ermordet, wie überhaupt die Angehörigen intellektueller Berufe bis zu 50 Prozent ausgerottet wurden. Wenn man das in Westdeutschland vergessen hat oder vergessen will — in Polen

wird man es nie vergessen. Und jede deutsche «Versöhnung» mit Polen setzt voraus, daß mit der Anerkennung der bestehenden polnischen Westgrenzen ein Strich unter alle Versuche gemacht wird, eine westdeutsche Gegenrechnung an Polen aufzumachen und irgendeinen nennenswerten Teil des heutigen polnischen Gebietsbestandes zurückzufordern. Das wird man auch in Amerika zur Kenntnis nehmen müssen, und die Millionen von Polnisch-Amerikanern werden gewiß dafür sorgen, daß man es auch im Weißen Haus zu Washington nicht übersieht.

Und Frankreich? Ein gewisser Trost ist es, daß wenigstens *Frankreich* dem westdeutschen Ausdehnungsdrang und Vorherrschaftsstreben Widerstand leistet. Von de Gaulle war es sicherlich naiv, vom «neuen» Deutschland, wie es Adenauer verkörperte, zu erwarten, daß es sich einem Europa eingliedern werde, in dem Frankreich die erste Rolle zu spielen hätte. Diese Selbsttäuschung ist denn auch bald verflogen. Und wenn auch die romantischen Pläne de Gaulles für die Gestaltung eines künftigen vereinigten Europa keine Aussicht auf Verwirklichung haben, so entspricht doch seine Politik der Annäherung an den Ostblock und des Abrückens von der amerikanischen Gegenwart in Europa (und Ostasien!) durchaus den Notwendigkeiten der Zeit. Ob der Nachfolger de Gaulles, auch wenn dieser ihn selber zu bestimmen haben wird, die Linie seines Vorgängers fortsetzen wird, ist ebenso unsicher wie der außenpolitische Kurs, den de Gaulles Gegenkandidat bei der Präsidentenwahl, Mitterrand, eingeschlagen hätte, wenn er gewählt worden wäre. Aber solange de Gaulle selber regiert, wird sich sein Standort zwischen Ost und West kaum ändern.

Was aus der französischen *Innenpolitik* werden wird, bleibt vorerst völlig unklar. Frankreich wird gewiß weiterhin sehr autoritär-konservativ regiert werden, mit den kapitalistischen Technokraten, die jetzt seine Wirtschaft beherrschen, als treibender Kraft. Aber der Gaullismus hat doch durch die Begleitumstände der Präsidentenwahl einen harten Stoß erlitten. Nach dem ersten Wahlgang mußte de Gaulle — zu spät — erkennen, daß er keine Vertrauenskundgebung der Mehrheit der Franzosen und Französinen mehr erwarten könne, sondern einfach einen Wettbewerb alten Stils zwischen verschiedenen Kandidaten zu bestehen haben werde. Und wenn er dann auch in der Stichwahl mit 55 Prozent der Stimmen durchdrang, so weiß er jetzt doch, daß mindestens für diesen Wahlkampf eine *neue Linke* zustande gekommen ist, die ernsthafte Aussichten hat, in einigen Jahren den Gaullismus abzulösen. Das ist bitter für den Mann, der den Anspruch erhob, als zweimaliger «Retter des Vaterlandes» über den partei- und klassenpolitischen Gegensätzen zu stehen!

Die Scheidung der Geister im Ausstich zwischen de Gaulle und

Mitterrand erfolgte zwar nicht sauber nach Anhängern der Rechten und solchen der Linken. Auch der Versuch, Mitterrand als den Vertrauensmann der wirtschaftlich und geistig zurückgebliebenen Gebiete des Westens und des Südens zu kennzeichnen, ist gescheitert. Es gibt in Frankreich zwei «unterentwickelte» Landesteile: die Departemente südlich der Loire auf der einen Seite und die Bretagne, gewisse Gegenden an der Loire selber und ein Teil der Norddepartemente auf der anderen. Aber diese Gebiete haben keineswegs einheitlich für Mitterrand gestimmt, der auch in ausgesprochen fortgeschrittenen Departementen die Stimmenmehrheit gewonnen hat. Und auch hinter de Gaulle haben sich nicht nur gutentwickelte, wohlhabende Departemente gestellt, sondern auch sehr zurückgebliebene und arme Gegenden, zum Beispiel die Vendée, Mayenne und auch Canal, wo das Durchschnittseinkommen der Gehalts- und Lohnempfänger das niedrigste in ganz Frankreich ist (etwa 6700 Franken im Jahr).

Die weltanschaulichen und konfessionellen Gegensätze waren bei der Präsidentenwahl ebenfalls nicht entscheidend. Wohl aber drängt sich *eine* Feststellung auf: Hinter Mitterrand standen vor allem die am meisten «klassenbewußten» und kämpferischen Teile der Arbeiterschaft. «Der Kandidat der Linken», so schreibt Michel Bosquet im «Nouvel Observateur» (Nr. 59), «ist überall dort durchgedrungen oder dem Sieg sehr nahegekommen, wo die Arbeiterbewegung, ohne zahlenmäßig stärker zu sein als anderswo, zu kämpfen gewußt hat: für Beschäftigung, für einen regionalen Entwicklungsplan, für industrielle Umstellung und Neuausrüstung, wobei sie Ziele in den Vordergrund gerückt hat, die in gewissen Augenblicken auch andere Bevölkerungsschichten mit in den Kampf gerissen haben, so Lehrkräfte, Angestellte und Techniker, Landwirte.» Alle diese und auch andere Fragen, so bemerkt Bosquet, sind im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung und amtlichen Planung unlösbar, müssen doch allein 1 100 000 neue Arbeitsplätze in den nächsten fünf Jahren geschaffen werden, um Vollbeschäftigung zu sichern. Die Hälfte davon muß den jungen Menschen zufallen, die erst ins Arbeitsleben eintreten, die andere Hälfte den Bauern, die immer mehr in die Städte abwandern. «Die Linke . . . wird siegen können, wenn sie von den greifbaren Bedürfnissen und Problemen ausgeht und ganz klar den Aufbau einer neuen Gesellschaft vorschlägt, in der die menschlichen und wirtschaftlichen Reichtümer mehr ins Gewicht fallen als der Geldgewinn, der auf die Verschleuderung der Wirtschaftsmittel des Volksganzen gegründet ist.»

Die große Frage an die Zukunft ist tatsächlich, ob die französische Linke bewußt und tatkräftig diesen Weg einschlagen wird. Es kommt dabei auf all die Parteien und Gruppen an, die Mitterrand bis recht nahe an eine Volksmehrheit schon im verflossenen Wahlkampf herangebracht haben. Werden sie eine fruchtbare Arbeits- und Kampf-

gemeinschaft bilden können, die auch von Dauer sein wird? Werden sich die linksbürgerlichen Gruppen und die Sozialdemokraten nicht wieder durch die Vogelscheuche «Kommunismus» nach rechts treiben lassen, wie es jetzt auch in der Schweizer Presse besonders den Sozialdemokraten — nach italienischem Muster — nahegelegt wird? Und werden die Kommunisten verständig genug bleiben und die Durchsetzung eines sozialfortschrittlichen Mindestprogramms in der Richtung auf eine geplante Gemeinwirtschaft über die Erstrebung einer Vollsozialisierung stellen, die auf absehbare Zeit keine Volksmehrheit finden wird? Man kann heute nur die Fragen stellen; die Antwort wird eine nahe Zukunft geben.

Rhodesien-Südafrika In *England* steht die Labourregierung immer noch im Banne des Gefühls, von den Vereinigten Staaten abhängig zu sein, die eben das Schicksal der Pfundwährung und damit auch der Regierung Wilson in der Hand hätten. Daß unter diesen Umständen eine irgendwie durchgreifende Umgestaltung der britischen Wirtschaft im Geiste des Sozialismus ausgeschlossen ist und sich Labour auf Reformen beschränken muß, die in den Rahmen einer fortschrittlichen Wohlstandsgesellschaft hineingehen, versteht sich von selbst. Die moderne Wohlstandsgesellschaft aber ist «nichts anderes als eine Klassengesellschaft auf erhöhtem Niveau, wo das ehemals revolutionäre (?) Arbeitertum die Neigung entwickelt, die Normen der Bürgerlichkeit zu übernehmen» (Peter Weiß).

Besonders deutlich wird die Abhängigkeit der Labourregierung vom kapitalistischen Amerika in der *Außenpolitik*. Am stoßendsten ist die Unterstützung, die Labour dem Vietnamkrieg der Vereinigten Staaten gewährt. Die Auflehnung dagegen nimmt denn auch in den Reihen der Partei allmählich sehr heftige Formen an, ist doch die Andeutung eines Blattes der Linken, diese Unterstützung könne «die Treue der Labourpartei zu ihrem Ministerpräsidenten gefährden», eine eher schwache Umschreibung der wirklichen Lage innerhalb der Partei. Ob Wilson wirklich nicht sieht, daß die Amerikaner, die Südvietnam angeblich vor den Schrecken des Kommunismus retten wollen, tausendfach mehr Leiden und Unglück über das kleine Land gebracht haben und weiter bringen, als auch im schlimmsten Fall die Kommunisten jemals anrichten könnten?

Viel Kritik findet gleichzeitig die Abstimmung der britischen Politik in Südostasien, besonders in Malaysia, auf die amerikanischen Belange in diesem ganzen Raum. Aber auch das zaghafte Vorgehen der Regierung Wilson gegen die Rebellen in *Rhodesien* ist nicht zuletzt durch Rücksicht auf die sehr nutzbringende Anlage amerikanischen Kapitals in Afrika, besonders in *Südafrika*, bestimmt, dessen Apartheidspolitik einigermaßen erschüttert würde, wenn in Rhodesien die Alleinherrschaft der Weißen gebrochen würde. Die Zwangsmaßnah-

men, die Großbritannien gegen Rhodesien ergriffen hat, scheinen zwar bisher wenig wirksam zu sein und eher den Nachbarstaat Zambia, das ehemalige Nordrhodesien, zu treffen als die rhodesische Wirtschaft selber. Aber daß eine Niederlage der rhodesischen Rassenpolitik erhebliche Auswirkungen auf die Südafrikanische Union, das letzte starke Bollwerk des weißen Herrenmenschentums in Afrika, haben müßte, steht doch wohl außer Zweifel, so lückenlos auch scheinbar das Unterdrückungssystem der Regierung Verwoerd ausgebaut ist.

Mit besonderem Nachdruck geht die Unionsregierung daran, so viele von den 12 Millionen Afrikanern als möglich in den sogenannten *Reservaten* zusammenzupressen; es sind gegenwärtig deren ungefähr 4,5 Millionen. «Der Wirtschaftsaufschwung der Kriegs- und Nachkriegsjahre», so schreibt Fred Prager in der Wiener Monatsschrift «Arbeit und Wirtschaft» (Nr. 11/1965), «welcher die Ausmaße einer industriellen Revolution angenommen hatte, gliederte jährlich viele neue Hunderttausende dem Wirtschaftsprozess ein . . . Die Rassisten gingen entschlossen daran, diesen Prozeß aufzuhalten, ja rückgängig zu machen. Die Reservate — 14 Prozent der Fläche der Republik, verstreut über Randgebiete, in wasserarmen Steppen, unzugänglichen Einöden, auch auf ursprünglich fruchtbaren, doch seit zwei Jahrhunderten bebauten, jetzt rasch erodierenden Hügeln . . . — sollen zu der Würde ‚selbständiger Staaten‘ erhoben werden. Die geplante ‚Unabhängigkeit‘ kommt natürlich nicht gleich; für einige Jahre (Schätzungen variieren zwischen fünf und tausend Jahren) soll die Oberaufsicht dem ‚weißen‘ Staat vorbehalten bleiben.

Diese ‚Bantustans‘ werden niemals die wachsenden Millionen der Bantus ernähren können. Das ist auch nicht beabsichtigt; denn sie sollen ja der ‚weißen‘ Republik als Reservoir billiger Arbeitskräfte dienen. Den gegenwärtig etwa 7,5 Millionen zählenden Bantus, welche in den ‚weißen‘ Teilen der Republik leben, arbeiten, zu Hause sind, wird ein theoretisches Bürgerrecht in den verschiedenen ‚Heimatländern‘ offeriert. Dafür sollen sie in ihrer tatsächlichen Heimat für alle Zeiten vollkommen entrechtet bleiben. Der Name dieses Schemas ist Apartheid oder, in der neueren Variation, ‚separate Entwicklung‘.»

Der Hauptgrund, den die weißen Rassenpolitiker für die Notwendigkeit ihres widermenschlich-unsittlichen Unterdrückungssystems vorbringen, ist auch in der Südafrikanischen Union, daß die Einführung demokratischer und freiheitlicher Einrichtungen den ungebildeten, auf tiefer Kulturstufe stehenden «Bantus» (wie sie die schwarzen Afrikaner heißen) eine Übermacht verschaffen würde, die zum vollkommenen Chaos, ja zur Vernichtung der weißen Minderheit mitsamt ihren großen zivilisatorischen Leistungen führen müßte. Aber solche Wirkungen einer Erhebung der Afrikaner zur Gleichberechtigung mit den Weißen könnten ja höchstens eintreten, wenn demokratische Einrichtungen sofort und mit einem Schlag in Südafrika geschaffen würden,

und daran denken auch die meisten Führer der Afrikaner — sie haben weitaus die Mehrheit ihrer Rassengenossen hinter sich — keineswegs. Daß eine *Erziehung* der Schwarzen zur Selbstregierung notwendig ist, verbunden mit der fortschreitenden Hebung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage, leuchtet ohne weiteres ein — aber mit dieser Erziehung muß endlich einmal angefangen werden durch Anerkennung der einfachsten Menschenrechte an die schwarze Bevölkerung, deren stufenweise Erweiterung sich von selbst ergeben würde, ohne daß dadurch die wirklich wohl erworbenen Rechte der weißen Minderheit oder gar ihre Daseinsmöglichkeiten überhaupt vernichtet würden. Das ist auch in denjenigen afrikanischen Staaten, die die politische Unabhängigkeit gewonnen haben und nun unter einer «schwarzen» Regierung stehen, nicht der Fall gewesen.

Aber allerdings: ihre bisherige Vorrechtsstellung und die Möglichkeit, durch Unterdrückung und Ausbeutung einer künstlich unterentwickelt belassenen afrikanischen Mehrheit ein gehobenes Herrenleben zu genießen — darauf müßten die Weißen auch in Südafrika verzichten, und gerade das wollen sie um keinen Preis. Das ist der Kern der ganzen «Rassenfrage» in der Südafrikanischen Union, die tatsächlich eher eine Klassenfrage ist, ähnlich wie die Negerfrage in den Vereinigten Staaten. Wenn die Weißen zu diesem Verzicht unfähig bleiben, dann mag freilich die unvermeidliche Befreiung der schwarzen Südafrikaner in Formen kommen, die schweres Unheil über das Land bringen würden. «Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, vor dem freien Menschen erzittere nicht» (Schiller). Aber daran wären eben die Weißen und ihr kurzsichtiges Herrenmenschtum selber schuld!

Ob die Schwarzen unter den heutigen Umständen überhaupt etwas tun können, um einen fürchterlichen Rassenkrieg zu verhindern, das ist freilich sehr die Frage; sie können ja nicht einmal gewaltlosen Widerstand leisten oder auch nur vorbereiten, ohne sich schwerste Strafen zuzuziehen. Man kann darum nur mit tiefer Sorge an die weitere Entwicklung des Verhältnisses von weißer Minderheit und schwarzer Mehrheit in Südafrika denken und muß hoffen, daß wenigstens in Rhodesien der Übergang zur Mit- und Selbstregierung der Schwarzen in ihrem Heimatland auf eine Art und Weise geschehe, die bei allen zeitweiligen Schwierigkeiten eines solchen gewaltigen Geschichtsvorganges doch im ganzen friedlich und menschenwürdig bleibt.

7. Januar 1966

Hugo Kramer